



Jobcenter-Reform

Bundestag beschließt Verfassungsänderung für das „Neue Jobcenter“

An diesem Donnerstag haben die Debatten im Deutschen Bundestag mit der abschließenden Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurfes zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende begonnen.

Hintergrund Das Zweite Sozialgesetzbuch (SGB II) sieht zur Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Bildung von Arbeitsgemeinschaften aus den der Bundesagentur für Arbeit zugehörigen örtlichen Agenturen für Arbeit sowie den jeweiligen Kommunen vor. Darin hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 20. Dezember 2007 eine unzulässige Form der Mischverwaltung gesehen und dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 31. Dezember 2010 einen verfassungskonformen Zustand herzustellen. Da sich die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende in den Arbeitsgemeinschaften aber grundsätzlich bewährt hat, ist es das Ziel der Gesetzesinitiativen, die auch vom Bundesverfassungsgericht begrüßte Betreuung und Leistungserbringung aus einer Hand als Regelfall fortzuführen. Dafür ist eine Verfassungsänderung nötig geworden.

Die Reform Die „Neuen Jobcenter“ sind das erste Kapitel der inhaltlichen und organisatorischen Runderneuerung der Grundsicherung, die bis zum Spätherbst vollendet sein wird. Durch das „Neue Jobcenter“ wird ein wichtiger Teil der Arbeitsmarktpolitik zukunfts-

cher gestaltet. Oberste Zielsetzung war, ist und bleibt, Menschen aus der Arbeitslosigkeit heraus in die Beschäftigung zu führen! Die Union gibt keinen Arbeitssuchenden verloren!

- Die „Hilfe aus einer Hand“ wird endlich auf eine verfassungskonforme Basis gestellt, ohne dabei eine neue staatliche Ebene zu schaffen.
- Das Prinzip des „Förderns und Forderns“ zur optimalen Hilfe für die Menschen in der Grundsicherung kann nun effektiv und sehr bürgernah weitergeführt und auch weiterentwickelt werden.
- Die lokalen Kompetenzen vor Ort werden durch die Ausweitung der Wahlfreiheit für die sogenannten Optionskommunen von derzeit 69 um weitere 41 gestärkt.

Alles andere als die Fortführung der „Hilfe aus einer Hand“ wäre ein fataler Rückschritt gewesen.

Die Jobcenter-Reform bildet die strukturelle Basis für die inhaltliche Runderneuerung der Grundsicherung, die in den nächsten Monaten konsequent umgesetzt wird. Dazu zählen im Wesentlichen: Neue Regelungen des Hinzuverdienstes werden noch stärkere Anreize für Arbeit schaffen. Die Förderung von Kindern in der Grundsicherung wird neu geregelt, um ihnen bessere Bildungschancen zu geben. Auch die Regelsätze für Erwachsene müssen gemäß des Verfassungsgerichts-



Berlin Aktuell Volker Kauder

Abgeordneter des Wahlkreises Rottweil-Tuttlingen
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



www.volker-kauder.de

14 WP 17

urteils neu überprüft werden. Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente werden auf Effektivität, Notwendigkeit und Zielgenauigkeit überprüft und neu gefasst. Und schließlich werden mittel- und langfristigen Strategien entwickelt, um gerade Kindern aus sozial schwierigerem Umfeld den Aufstieg in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Weitere Informationen zur Weiterentwicklung der Grundsicherung finden Sie unter www.cducsu.de oder klicken Sie [hier](#).

Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 1953

An diesem Donnerstag hat der Deutsche Bundestag zum 57. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR im Rahmen einer Gedenkstunde an den Unrechtscharakter der SED-Diktatur, den Mut und die Freiheitssehnsucht der ostdeutschen Bevölkerung erinnert. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert mahnte: „an die Opfer zu denken, die der Kampf um die Freiheit gefordert hat“. Der Deutsche Bundestag fühle sich dem Andenken an diejenigen verpflichtet, die in der DDR für Freiheit und Einheit Opfer gebracht hätten: "Wir alle sind gefordert, das Wissen um den Volksaufstand lebendig zu halten.“ Der 17. Juni 1953 dokumentiert in besonderer Weise den Unrechtscharakter der SED-Diktatur, den die Linkspartei bis heute nicht anerkennt. Stattdessen wird die DDR von der Nachfolgepartei der SED immer noch zu einem Sozialstaat verkürt. Angesichts des 17. Juni 1953 und der unzähligen Opfer der SED-Gewaltherrschaft ist diese Darstellung blanker Zynismus. Der Jahrestag des Volksaufstandes sollte allen Parteien, auch und gerade in NRW, in Erinnerung rufen, dass eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei nach wie vor keine Option sein kann.

18.06.2010

Keine Bundesbürgschaften für Opel

Die Entscheidung des Mutterkonzerns GM, die Finanzierung des angeschlagenen Autobauers "intern zu regeln", ist zu begrüßen, denn sie schafft Klarheit. Es ist zugleich ein Beleg dafür, dass trotz früherer Äußerungen, General Motors über hinreichend liquide Mittel verfügt. Allein im ersten Quartal dieses Jahres hat das Detroitener Unternehmen rund 865 Millionen US-Dollar erwirtschaftet, zudem konnten die Kredite der amerikanischen und kanadischen Regierung vollständig zurückgezahlt werden, und auch der Börsengang ist in Vorbereitung. General Motors hat mit seiner deutschen Tochter Opel eine lange Zeit gut verdient. Nach über eineinhalb Jahren Unsicherheit für die Beschäftigten der Traditionsmarke ist General Motors jetzt in der Pflicht, die volle und alleinige finanzielle Verantwortung für Opel zu übernehmen und der Ankündigung, trotz des Verzichtes auf Staatshilfe keine weiteren Stellen in Deutschland abzubauen, Taten folgen zu lassen.

Wulff stellt sich vor

Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff, Kandidat von CDU, CSU und FDP für das Amt des Bundespräsidenten, hat sich am Dienstag den Fraktionen von CDU/CSU und FDP vorgestellt. Im Anschluss traten die Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder und Birgit Homburger sowie der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Hans-Peter Friedrich vor die Journalisten. Das Pressestatement finden Sie unter www.cducsu.de oder klicken Sie [hier](#).